Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme
Montags.
—
Bestellungen
nehmen alle Post-Anstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stadt
Posen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf., für
ganz Preußen 1 Rthlr. 17 sgr.
—
Insertionsgebühren
1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene
Zeile.

№ 158. Mittwoch den 10. Juli. 1850.

Inhalt.

Deutschland. Berlin (Angriffe gegen d. Dän. Frieden; Streitigkeiten zwischen Magistrat und Stadtverordn.; d Prinz von Preußen eiligst zurückberufen; Auswanderungs-Angelegenheiten; Einrücken der Schleswig-Holstein. Armee in Schleswig; Antwort Hamburgs auf d. Hannover'sche Schreiben; Sitz. d. Fürsten-Colleg.; d. Frieden mit Dänemark nicht ein Separatfrieden Preußens; d. Einberuf. d. Erfurter Parlaments); Brandenburg (Pension für Ziegler); Aus Westpreußen (Vernehm. Dowiat's in d. Sefeloge'schen Sache); Königsberg (Demonstration d. Gewerbe-Innungsvereins); Kiel (Rüstungen; militair. Erinnerungszeichen); Flensburg (d. Ruff. Flotte bei Bornholm); Frankfurt; Dresden (Lage d. freien Gemeinde; Aus Thüringen (demokrat. Emissäre in Kurhessen; d. letzte Märzminister).

Oesterreich. Wien (Einführung d neuen Gerichtsverfahrens; Beförder. d. telegr. Depeschen); Pesth (Eröffn. d. Haynau'schen Stiftung; Verzeichnisse der von d. Ungar. Rebellen Gemordeten).

Schweiz. Genf (Ehrengeschenk an J. Fazy; strengere Maßregeln gegen d. Flüchtlinge).

Frankreich. Paris (Nat.-Vers.: Dupin zum Präsidenten gewähl; Manifest d. radikalen Legitimisten; angebl. Schwangerschaft d. Gräfin Chambord; Zusammenzieh. ein. Lagers bei Versailles); Straßburg (polit. Ruhe; L. Napoleon zum Besuch erwartet).

England. London (Peel's Tod; Parlaments-Sitzungen).

Rußland u. Polen. Aus d. Königr. Polen (Allweisheit d. Polizei; neues bürgerl. Gesetz); Warschau (Abreise d. Fürsten-Statthalter).

Italien. V. d. Italien. Grenze (d. Constitution in Neapel abgeschafft).

Spanien. Madrid (Verständigung üb. Montemolin's Heirath).

Vermischtes.

Locales. Ostrowo; Bromberg.

Gützlaff's Leben.

Anzeigen.

Berlin, den 8. Juli. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, gestern Vormittag im Schlosse zu Potsdam dem zum Königlich Sardinischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am hiesigen Hofe ernannten Marquis Ricci, so wie dem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Sr. Majestät des Königs beider Sicilien, Grafen Grifeo, eine Privat-Audienz zu ertheilen und aus den Händen derselben die Beglaubigungs-Schreiben ihrer Souveraine entgegenzunehmen. Eben so geruhten Allerhöchstdieselben, den bisherigen Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinschen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am hiesigen Hofe, Grafen von Hessenstein, in einer Privat-Audienz zu empfangen und aus den Händen desselben das Schreiben Sr. Königlichen Hoheit des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin, wodurch er von dem hiesigen Gesandtschafts-Posten abberufen worden ist, entgegenzunehmen.

Se. Hoheit der Herzog Georg von Mecklenburg-Schwerin, ist nach Ludwigslust abgereist. — Der Erbschenk im Herzogthum Magdeburg, Graf vom Hagen, ist von Möckern, und der Erblandmundschenk von Pommern, von Heyden-Linden, von Kissingen hier angekommen.

Deutschland.

☾ Berlin, den 7. Juli. Der mit Dänemark abgeschlossene Frieden erfährt hier heftige und hämische Angriffe. — Man tadelt und schreit gewaltig; versichern kann ich aber, daß ich unter den Tadlern und Schreihälsen Kaufleute und Fabrikanten nicht entdeckt habe. —

Unser Magistrat, der mit der Stadtverordneten-Versammlung wegen des Durchbruchs der Alexandrinenstraße in Streit gerathen ist, hat jetzt ein an dieselbe gerichtetes Schreiben veröffentlicht, in welchem ihr vorgehalten wird, daß sie hierbei ein Verfahren beobachtet, welches nach keiner Seite hin eine Rechtfertigung finden könne, bei welchem sie weit über den Kreis ihrer amtlichen Befugniß hinausgegangen sei, und sich dem Magistrat gegenüber überhaupt eine Stellung zu vindiziren gesucht habe, die in dem Gesetze ihre Rechtfertigung nicht finde. — Daß durch diese Entgegnung die unerquicklichen Häkeleien ihre Endschaft nicht erreichen werden, liegt auf der Hand. —

Ein Gerücht läßt den Bürgermeister Naunyn seine jetzige Stelle verlassen und als Präsidenten der General-Kommission (?) auftreten.

Morgen oder übermorgen wird der Prinz von Preußen hier erwartet. — Bei seiner Landung ist ihm eine telegraphische Depesche zugegangen, die ihn auffordert, sich geraden Wegs nach Berlin zu begeben. Man spricht davon, daß der Prinz nach kurzem Aufenthalte wiederum eine Reise antreten werde. —

In letzter Zeit ist davon gefabelt worden, daß der Minister v. Manteuffel sein Portefeuille niederlegen werde. — Ich bin im Stande, Ihnen die Versicherung zu geben, daß der Herr Minister ebenso wenig an seinen Rücktritt denkt, als die wahren Vaterlandsfreunde ihn wünschen.

Die Extrafahrt, welche die Hamburger Eisenbahn-Direktion gestern veranstaltet hat, haben viele Berliner zu einem Ausfluge nach Hamburg benutzt. — Jedenfalls hätte sich aber Hamburg eines noch stärkeren Besuchs zu erfreuen gehabt, wenn nicht der Friedensabschluß mit Dänemark vorhergegangen wäre. — Viele haben nämlich jetzt ihre Reise aufgeschoben, weil sie meinen, daß nun in Kurzem ein Kampf zwischen Dänemark und den Herzogthümern entbrennen, und ihnen somit ein späterer Besuch Hamburgs die Gelegenheit bieten werde, Augenzeugen der Bewegungen, Ereignisse und Vorgänge sein zu können, die ein derartiger Kampf hervorrufen würde.

✱ Berlin, den 7. Juli. In der Sitzung des Vereins zur Centralisation Deutscher Auswanderung und Kolonisation am 3. d. M. erstattete zunächst der Vorsitzende, Herr Obergerichts-Assessor Dr. Gaebler den gewöhnlichen und diesmal wieder besonders erfreulichen Rechenschaftsbericht über die Wirksamkeit des Verwaltungs-Raths in den letzten 4 Wochen. Die Zahl der Mitglieder war gewachsen und die Bibliothek vermehrt werden. Der Verwaltungsrath hat die dankenswerthe Einrichtung getroffen, daß die belehrenden Vorträge in den öffentlichen Sitzungen des Vereins, die bisher so viel Anerkennung gefunden haben, künftig gedruckt und den Mitglieder zugesendet werden, um das Interesse für den Verein zu heben und namentlich auch den auswärtigen Mitgliedern diese Vorträge zugänglich zu machen. Die Warnungen des Vereins vor übereiltem Auswandern und vor dem Gebrauche der ausländischen, namentlich der Englischen, Schiffsgelegenheiten sind auf Antrag des Vereins durch den Herrn Minister des Innern sämmtlichen Königlichen Regierungen mit der Aufforderung zugefertigt worden, dieselben in den Amtsblättern zu veröffentlichen. Besonders lebhaft war in der letzten Zeit die Betheiligung ausländischer Kolonisations-Gesellschaften bei dem Vereine. In der letzten Woche allein hatten sich drei Französische Gesellschaften dieser Art gemeldet, deren Statuten der Verein prüfen, dabei aber auch das Deutsche Interesse gebührend berücksichtigen wird. Interessant war die Mittheilung über eine Kolonisations-Gesellschaft für Mittel-Afrika am Zusammenflusse des blauen und weißen Nil's, zu Chantua, welche von der Oesterr. Regierung begünstigt wird. Dieselbe wird von einem Freiherrn von Müller geleitet werden, den die Oesterr. Regierung zum Konsul für Mittel-Afrika ernannt und mit einer Militair-Macht von 6 Kanonen und 100 Gewehren versehen hat. Gegen die Prosperität dieser Kolonisation, welche unter der Hoheit des Pascha von Egypten Statt finden müßte, wurden mancherlei Bedenken angeregt.

Berlin, den 7. Juli. (C. Z.) Die C. C. theilt die Antwort des Senats der freien Hansestadt Hamburg auf das bekannte Schreiben der Königl. Hannoverschen Regierung vom 7. Juni d. J. mit. Der Inhalt desselben schließt sich im Wesentlichen der Oldenburgischen Note an. Der Senat erklärt: „Daß er auch in den erwähnten neueren Umständen keine Momente zu erblicken vermag, welche die rechtliche Sachlage zu ändern im Stande wären und die Annahme rechtfertigen könnten, daß die übrigen Theilnehmer an dem Maivertrage die Königl. Hannoversche Regierung nicht bis zum gegenwärtigen Augenblick als rechtlich an diesen Vertrag gebunden erachteten." — In Bezug auf die in dem Hannoverschen Schreiben angeregten Zollfragen heißt es in der Antwort des Hamburger Senats: „Machen aber diese Gründe es dem Senate auch zu einer unabänderlichen Pflicht, diese Vorbehalte, welche den Hansestädten die selbstständige Gesetzgebung in Zoll-, Handels- und Verkehrsangelegenheiten, die völkerrechtliche Vertretung und das Recht der Verträge sichern und die darauf bezüglichen Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde auf sie keine Anwendung finden lassen, so lange die K. Sächsische und die K. Hannoversche Regierung in der jetzt angenommenen Stellung verbleiben, auch fernerhin in ihrem ganzen Umfange aufrecht zu erhalten: so konnten sie doch nicht dahin führen, daß sich der Senat von den aus dem Bündniß vom 26. Mai hervorgehenden Verpflichtungen ganz entbunden erachte oder sich den gemeinsamen Verabredungen entzöge, welche in den in Berlin neuerdings abgehaltenen Conferenzen vorbereitend getroffen sind, was geschehen würde, wenn er eine Verständigung mit der Königl. Hannoverschen Regierung eintreten ließe, von der die übrigen zum Bündniß vom 26. Mai vereinbarten Regierungen ausgeschlossen blieben." — Ueber die heutige Sitzung des provisorischen Fürsten-Kollegiums erfahren wir, daß darin die Preußischen Mittheilungen in Bezug auf die Verhandlungen mit Oesterreich wegen des weiteren Bundes und in Bezug auf den Frieden mit Dänemark erfolgt sind, sowie eine Vorlage wegen des Ablaufs des Provisoriums der Union gemacht worden ist. In der ersten Beziehung sollen die Unterhandlungen wegen eines neuen Interims gänzlich gescheitert, dagegen Behufs Eintritts in ein Definitivum von Seiten Preußens Vorschläge gemacht sein, über welche eine freie Verständigung in Frankfurt mit Oesterreich und dessen Anhängern, jedoch nicht unter der Form des alten Bundes-Plenums, angestrebt werden solle. In Bezug auf die Union wird, nachdem auch das Großherzogthum Hessen sich von einer weiteren Betheiligung an der Unionsregierung gänzlich zurückgezogen hat, eine Verlängerung des Provisoriums auf möglichst kurze Frist anheimgestellt, jedoch so, daß dabei die Grundzüge der Union, gemeinsamer Schutz gegen jede Gefahr von außen oder innen und Festhalten an der Verfassungssache maßgebend bleiben. Das Protokoll der heutigen Sitzung des provisorischen Fürsten-Kollegiums wird nach dessen Vollzug in der nächsten Sitzung veröffentlicht werden.

— (Berl. Nachr.) Die „Deutsche Reform" erklärt: „Wir sind zu den folgenden authentischen Berichtigungen von Nachrichten ermächtigt, welche über den so eben Namens des Bundes von Preußen abgeschlossenen Friedensvertrag durch die Presse laufen und für die böswilligsten Verdächtigungen Preußens ausgebeutet werden. Es ist unwahr: daß Preußen einen Separatfrieden abgeschlossen; unwahr, daß es seine Mitwirkung zur Auflösung oder Reduktion der schleswig-holsteinschen Armee zugesagt; unwahr, daß es den Dänen ein Recht auf Rendsburg oder Friedrichsort, oder irgend ein holsteinsches Gebiet zugesprochen; unwahr, daß es die Successionsfrage in irgend einer Weise präjudiziell behandelt habe. Die durch mehrere Blätter laufenden, angeblich aus dem Friedensvertrage herrührenden Französischen Citate sind eben so falsch. Es ist einleuchtend, daß vor der Ratifikation eine Veröffentlichung der Aktenstücke von keiner der beiden kontrahirenden Seiten erfolgen kann, und daß deshalb den Verdächtigungen und Verleumdungen völlig freier Spielraum gelassen ist; für den Unbefangenen aber wird zunächst die Thatsache genügen, daß Preußen durch den Friedensabschluß ganz in die Reihe der übrigen Deutschen Bundesstaaten, Dänemark gegenüber, zurücktritt, und daß nunmehr das Privilegium, wegen der schleswigschen Sache gelästert zu werden, welches der einzige Lohn für seine Opfer in dieser Angelegenheit war, für Preußen in Sonderheit wegfällt. Diejenigen Deutschen Staaten, welche den bisherigen Waffenstillstand nicht anerkannt, den Bundeskrieg aber bisher — mit Worten — und zwar nur gegen Preußen, nicht gegen Dänemark fortgeführt hatten, haben nun Gelegenheit, in den Vordergrund zu treten." — Die Einberufung des Erfurter Parlaments, so sehr sie von einer Seite her gewünscht wird, welche ihre Vertretung auch in einer Minorität des Ministeriums hat, unterliegt so eigenthümlicher Schwierigkeiten, daß an ein baldiges Zusammentreten desselben kaum zu denken ist. Denn worauf sind alle Bemühungen der Abgeordneten in Erfurt und aller einflußreichen Staatsmänner, welche das Zustandekommen der Union betrieben haben, gerichtet gewesen? Auf nichts anderes, als daß sie endlich aus dem Provisorium in ein Definitivum übergehe, daß sie ausgesprochenermaßen der Grund sei, auf welchen sich Preußen und seine Verbündeten in Deutschland unwiderruflich gestellt haben. Das ist der einzige Weg, um von der Union die Früchte zu ziehen, welche alle Theilnehmer von ihr erwarten mußten. Aber gerade diesen Weg will man nicht betreten, eben weil er dem Provisorium ein Ende macht, und dieses will man sich offen erhalten, damit es weiterreichenden Verhandlungen nicht präjudizire. Zu einem bestimmten Zwecke möchte man indessen doch das Parlament in Erfurt gern versammeln: um nämlich manchen Polizeigesetzen gegen Presse, Vereine 2c. ins Leben zu helfen. Bei dem Ansinnen zu solcher Thätigkeit haben jedoch die einflußreichsten Männer des Parlaments erklärt, daß, wenn sie wieder zusammenträten, es nur sein könne, um aus dem Provisorium in das Definitivum überzugehen und den politischen Akt der festen und endlichen Begründung der Union vorzunehmen, daß sie aber nicht zu bloßer Genehmigung von Polizeigesetzen zusammen kommen könnten. Denn die Welt erwarte von Erfurt jetzt die Geburt der Union, nicht aber einzelne Polizeimaßregeln. Diesen festen bestimmten Worten gegenüber zögert man, das Erfurter Parlament zu berufen, weil dadurch eine sichere Position eingenommen würde, von der aus man die weiteren Entwickelungen machen müßte, und man möchte für anderweitige Verhandlungen gern die Hände frei behalten. So ist also vor der Hand weder an ein Erfurter Parlament, noch an ein Definitivum für die Union zu denken, welche ihr Scheinleben fristen wird, bis andere Ereignisse der jetzigen deutschen und europäischen Politik überhaupt eine Wendung geben. Wegen dieser ungewissen und trüben Aussichten sollen denn auch viele Mandatsniederlegungen erfolgen, so daß es eines neuen und mächtigen Anstoßes bedürfen wird, um das durchaus gesunkene Vertrauen und die darniedergebeugten Hoffnungen wieder zu beleben. Für jetzt ist der Muth dahin und selbst die besten Träger der Union hierselbst äußern sich sehr kleinlaut über deren Zukunft.

— (N.-Z.) Es sind Nachrichten hier angekommen, wonach der General von Willisen an der Absicht festhält, in demselben Augenblicke mit der schleswig-holsteinschen Armee in Schleswig einzurücken, wo die Preußen und Schweden dieses Herzogthum verlassen. Von hier aus ist aber an den Ober-Kommandanten der dortigen preußischen Truppen, General v. Hahn, der Befehl ergangen, die gesammten Truppen marschfertig zu halten, so daß der Ausmarsch am 15. beginnt, und in der Weise bewerkstelligt werde, daß am 21. kein preußischer Soldat mehr auf dem Gebiet der Herzogthümer ist. Da man in Folge der in den Herzogthümern durch den Friedensschluß erzeugten Mißstimmung wohl Kollisionen mit den rückziehenden preußischen Truppen fürchtet, ist dem General von Hahn zugleich die Weisung zugegangen, streng darauf zu achten, daß Alles vermieden werde, was irgendwie Zerwürfnisse herbeiführen könnte. Wir dürfen hiernach also wohl unmittelbar nach dem 15. den Beginn der Feindseligkeiten erwarten, da die schleswig-holsteinsche Armee schwerlich warten wird, bis die Preußen Schleswig gänzlich geräumt haben, und dann die Besetzung dieses Herzogthums ausschließlich durch die Dänen eine vollendete Thatsache ist. — Die preußischen Rüstungen, die einen Augenblick viel Aufsehen machten, sind nunmehr völlig wieder eingestellt, ja es sollen sogar, wie uns heute berichtet wird, nicht bloß die eingezogenen Reserve-Mannschaften in Kurzem wieder entlassen, sondern die verschiedenen Truppen-Abtheilungen sogar völlig auf den Friedensfuß gebracht werden. — Dem Vernehmen nach ist nunmehr von dem Hrn. Hassenpflug die ausführliche Appellationsschrift wider das über ihn ergangene Urtheil des Greifswalder Gerichts eingereicht worden.

— (Wanderer.) Die Vorschläge Oesterreichs in der Deutschen Frage sind von Preußen angenommen worden, es handelt sich jetzt nur darum, die Form zu finden, in welcher Preußen von dem unebenen Wege der Union auf die ausgefahrene Straße des alten Bundestages einlenken soll. Diese Frage allein ist es noch, welche gegenwärtig den Streitpunkt bildet, im Uebrigen ist man bereits einverstanden. Preußen wird auf den Vorschlags Oesterreichs, den Bundestag in der Weise zu reorganisiren, daß neben den Bevollmächtigten der Regierungen eine Versammlung aus den Volksvertretungen der einzelnen Staaten errichtet werde, eingehen. Die beiden Großstaaten Oesterreich und Preußen sollen gemeinschaftlich die Exekutive führen, während die gesetzgebende Gewalt von den Bevollmächtigten der Einzelregierungen und Volksvertretungen ausgeht. Die „Union" wird bloß auf die Kleinstaaten beschränkt werden und auf eine Vergrößerung der Preußischen Macht hinauskommen, den Charakter eines Bündnisses gänzlich verlieren.

Brandenburg, den 4. Juli. Wenn am 2. d. Mts. der Antrag, Herrn Ziegler sein Gehalt fernerhin nicht mehr zu zahlen, von dem hiesigen Magistrate zum Beschlusse erhoben worden ist, heute aber die Stadtverordneten Herrn Ziegler nicht allein so lange sein halbes Gehalt von sechshundert Thalern zusichern, als sein Erkenntniß die Rechtskraft noch nicht beschritten, ferner ihm eine Pension von schreibe achthundert Thalern jährlich bewilligen; so wird man versucht zu glauben, daß die Väter der Stadt das Kämmereikassen-Vermögen als ihr Eigenthum betrachten und darüber willkürlich verfügen zu können, der Ansicht sein müssen. Wir glauben nun zwar nicht, daß das Magistratskollegium diese Bewilligungen so ruhig wird geschehen lassen, sondern erwarten, daß von demselben Schritte bei der Königlichen Regierung gethan werden, dem Vergeuden des städtischen Vermögens Schranken zu setzen. Machte doch in dieser Stadtverordneten-Versammlung ein veritabler Demokrat den Vorschlag, Herrn Ziegler müsse aber bestimmt werden, die bewilligten Gelder hier in seiner Vaterstadt und nicht im Auslande zu verzehren, da es eine gewisse Härte verrathe, dieser gefallenen Größe nicht stets zur Seite zu stehen und ihr mit Rath und That behülflich zu sein.

Aus Westpreußen, den 2. Juli. (Königsb. Z.) Dowiat ist als Festungsgefangener in Weichselmünde aufs Neue inquirirt wor-

den, eines Briefes wegen, den er vor 2 Jahren aus New-York an unsern König geschrieben und worin er denselben dringend anging, eine zeitgemäße Constitution zu verleihen, weil sonst in Kurzem eine Revolution zu erwarten sei, die dem Könige Thron und Leben gefährden könne. Nun bringt man diese Prophezeihung Dowiats mit dem Attentat in Verbindung. D. erklärt, „von einer Anstiftung der Revolution oder von einer Verschwörung u. s. w." nichts zu wissen, den nahen Ausbruch derselben habe allein sein gesunder Menschenverstand ihm gezeigt.

Königsberg, den 2. Juli. Am vergangenen Sonntage fand hier eine großartige Demonstration statt, der jedoch jede politische Färbung fern lag. Der größte und wohlhabendste Theil der hiesigen Gewerke hat nämlich das neue Gewerbegesetz angenommen, während der geringere Theil derselben dies Gesetz verwirft und nach freien Assoziationen strebt, ja von einigen bereits solche gebildet sind, die aber, wie es vorauszusehen war, einen nur dürftigen Fortgang haben. In politischer Hinsicht neigt sich jener Theil der Gewerke der konservativen Richtung zu, während dieser ultra-demokratische Tendenzen verfolgt. — Die Gesellen des konservativen Theils der Gewerke, die den Gewerbeinnungsverein gebildet haben, zogen nun vorgestern in einem mächtigen, unabsehbaren Zuge mit wehenden Fahnen und unter Vortritt mehrerer Musikchöre zunächst durch die Hauptstraßen der Stadt und dann nach dem eine Meile von der Stadt entfernten Lustorte, die Wilkie genannt, um sich dort mit ihren Familien zu vergnügen. Der Vormittag war gewerblichen Vorträgen geweiht, der Nachmittag dem Spiele und dem Tanze. Der Zug, an dem der Gewerberath und der Vorstand des Gewerbe-Innungsvereins Theil nahmen, bewegte sich in ruhiger und würdiger Haltung durch die Stadt und ließ den Zuschauer erkennen, daß in ihm sich die Vertreter des Kerns des Handwerkerstandes befanden.

Kiel, den 3. Juli. (D. R.) Bis zum 6. d. M. soll die ganze Schleswig-Holsteinische Armee in ihrer vollen Kriegsstärke kampfgerüstet dastehen; es befinden sich bis jetzt nur noch vier Bataillone in Glückstadt, Wandsbeck, Altona und Elmshorn, die täglich Marschordre nach dem Norden erwarten; alle übrigen Truppen befinden sich bereits in und um Rendsburg.

Kiel, den 6. Juli. (B. H.) Die Statthalterschaft der Herzogthümer Schleswig-Holstein hat ein Erinnerungszeichen an die Feldzüge gegen Dänemark in den Jahren 1848 und 1819 gestiftet. Dasselbe besteht in einem Kreuze, gefertigt aus Eisen von Kanonen des Dänischen Linienschiffes „Christian VIII." Das Kreuz wird an einem roth-weiß-blauen Bande getragen. Zum Besitze und Tragen dieses „Erinnerungskreuzes" sollen als berechtigt angesehen werden: 1) diejenigen noch in Dienst stehenden Kombattanten und Nichtkombattanten der schleswig-holsteinischen Armee, welche einen der beiden Feldzüge von 1848 und 1849 mitgemacht haben und dabei in den Bereich des Feuers der Dänen gekommen sind; 2) diejenigen der vorstehenden Kategorie, welche auf nicht unehrenvolle Weise aus der Armee wieder ausgeschieden sind; 3) diejenigen nicht schleswig-holsteinischen Offiziere welche während ihrer Dienstleistung in der schleswig-holsteinischen Armee an einem der beiden genannten Feldzüge Theil genommen haben; 4) diejenigen Offiziere, Unteroffiziere 2c., welche bei einem nicht schleswig-holsteinischen Truppentheile einem Gefechte in diesen Feldzuge beigewohnt haben und später definitiv in die schleswig-holsteinische Armee eingetreten sind.

Flensburg, den 3. Juli. (H. B. H.) Ein hiesiges Schiff hat in diesen Tagen unweit Bornholm die Russische Flotte passirt, welche gerade im vollen Manövriren war. Landtruppen sind am Bord dieser nicht zu erblicken gewesen.

Frankfurt a. M., den 5. Juli. Der Entwurf über die künftige Gestaltung der interimistischen Centralgewalt, der bereits den Regierungen übermittelt war, ist wieder zurückgezogen. Graf Thun fertigte in diesen Tagen einen Kourier nach Wien ab; wie man vermuthet, um weitere Instruktionen für gewisse in Aussicht stehende Eventualitäten sich zu erbitten. — Die Sitzungen des Anfangs des August beginnenden Friedens-Kongresses werden in der Paulskirche stattfinden; man hofft von diesem Kongresse, daß er der Stadt mehr als tausend Gäste zuführen werde.

Dresden, den 3. Juli. (Dr. Z.) Mehrmals hat die hiesige „Freie Gemeinde" um Gestattung des Mitgebrauchs einer Kirche gebeten. Während ihr nun diese Bitten wiederholt abgeschlagen worden sind, geht ihr zugleich die obrigkeitliche Eröffnung zu, daß, „so lange sie ihre Versammlungen nicht in einem Gotteshause abhalte, sie auch nur als Verein zu betrachten und nach der Verordnung vom 3. Juni zu beurtheilen sei."

Aus Thüringen, den 2. Juli. (O.-P.-A.-Ztg.) In diesen Tagen sahen wir in Thüringen Emissare der socialistisch-demokratischen Partei in Kurhessen; sie scheinen ganz besonders auf die untern Volksschichten einwirken zu wollen. Nachdem Jaup in Darmstadt zurückgetreten, ist es Weimar beschieden, an Hrn. v. Wydenbrugk noch den einzigen Märzminister zu haben. Derselbe scheint indeß die Politik ganz seinem Collegen v. Watzdorf zu überlassen, widmet sich aber um so fleißiger den Pflichten seines Departements. — Abermals ist eines von den kleinen demokratischen Blättern bei uns eingegangen, die „Volksleuchte" in Hildburghausen.

Oesterreich.

Wien, den 2. Juli. (Köln. Z.) Die „Oesterreichische Correspondenz" begrüßt den gestrigen Tag mit folgenden Worten: „Unvergänglich wird der heutige Tag fortleben in der Geschichte Oesterreichs. In den meisten Kronländern der Monarchie wird heute mit dem neuen Gerichtsverfahren der Anfang gemacht. Somit ist wieder eine der konstitutionellen Verheißungen zur Wahrheit geworden, und der Vorwurf der Gegner, daß alle Arbeiten der Regierung sich nur auf theoretischem Boden bewegen und daß man allerwegen säume, dieselben vom Papier in's praktische Leben zu übertragen, diese einzige Ausflucht, womit die offenen und geheimen Feinde unserer Regierung ihren Mangel an Gründen zu verhüllen bemüht sind, zerrinnt mehr und mehr in leeres Nichts." — Es ist kein Zweifel mehr, die Regierung ist keineswegs entschlossen, den gestrigen Tag, an dem die neuen Gerichte in's Leben traten, zugleich zur Beendigung der willkürlichen Stellung, in der sich die Presse bisher befand, zu benutzen. Die Regierung denkt nicht daran, diesem Ausnahms-Zustande ein Ende zu machen; im Gegentheil, sie tritt mit Entschiedenheit in ein neues Stadium desselben ein. So lange die alte Gerichtspflege nicht geregelt war, hatte die Einwendung, man möge warten, bis die neuen Institutionen in's Leben treten würden, da einstweilen doch nicht die alten Gerichte mit der Controlirung der Presse betraut werden könnten, wenigstens einen Sinn. Nun melden die offiziellen Blätter in den schwungvollsten Phrasen alle die Herrlichkeiten, die bei der gestern stattgefundenen Eröffnung und Constituirung der Gerichte die gutgesinnten Gemüther ihrer Referenten erfreut haben. Die Reden des Justiz-Ministers, des Präsidenten des Ober-Landesgerichtes und des General-Prokurators, welch letzterer sich namentlich durch die gehässigen und verdächtigenden Worte auszeichnete, die er rücksichtlich der Bestrebungen des Jahres 1848 zu sprechen für nöthig fand, wiederholen bis zum Ueberdrusse die oft dagewesene Geschichte von den „segensreichen Folgen", „der neuen Aera" 2c., und man beginnt gleich damit, einen großen, bedeutenden Theil der ihnen durch die erst innerhalb des letzten Jahres verflossenen Gesetze zukommenden Wirksamkeit, die Preß-Prozesse, zu entziehen. — Die Regierung hat die früher angeblich in Privathänden befindliche Versorgung der Blätter mit den anlangenden telegraphischen Depeschen, die zugleich mit der ministeriellen „Oesterreichischen Correspondenz" ausgegeben wurden, nun selbst übernommen, sich mit dem Berliner Correspondenz-Bureau unmittelbar in Verbindung gesetzt und die fernere Uebersendung derselben an den „Wanderer" und die „Ostdeutsche Post" an Bedingungen geknüpft, denen sich diese beiden Blätter nicht fügen konnten.

Pesth, den 2. Juli. General Haynau kündigt die Eröffnung der von ihm begründeten und nach ihm benannten Stiftung an, aus welcher die im letzten Kriege invalid gewordenen Soldaten-Honveds unterstützt werden sollen. Die zahlreichen Beiträge haben es möglich gemacht, eine Rente zur Dotirung von 8 Stiftungsplätzen erster Klasse zu jährlich 121 Fl. 40 Kr., von 6 Stiftungsplätzen zweiter Klasse zu jährlich 85 Fl. 10 Kr., und von 186 Stiftungsplätzen dritter Klasse zu jährlich 60 Fl. 50 Kr. C.-M., zusammen zur Dotirung von 200 Stiftungsplätzen festzustellen und demgemäß hundert „Stiftlinge" aus den Reihen des Kaiserlichen Heeres und eben so viele aus den des ehemaligen Insurgentenheeres auszuwählen und des Genusses der Rente theilhaftig zu machen.

Welden in Wien und Wohlgemuth in Hermannstadt veröffentlichen wiederum Listen standrechtlich Verurtheilter, deren Strafen zugleich im Wege der Gnade gemildert worden.

Die Behörden in Ungarn haben gegenwärtig die namentlichen Verzeichnisse aller Individuen, welche in der Serbischen Wojwodschaft und im Temescher Banate in Folge der von den Ungarischen Rebellen verübten Gräuel ihr Leben eingebüßt haben, zusammengestellt. Die Durchsicht dieser Verzeichnisse liefert einen erschrecklichen Gegensatz zu dem Nimbus von Ritterlichkeit und Edelmuth, womit die Partei des Umsturzes diese Revolutionshelden zu bekleiden bemüht ist. Laut diesen Listen sind nämlich 271 meist dem Serbischen Volksstamme angehörige Individuen von den Insurgenten förmlich hingerichtet und 1917 ermordet worden. Bei der Einnahme von St. Tomas wurden überdies 135 ganze Familien, deren Personenzahl sich wenigstens auf 500 belaufen dürfte, gänzlich ausgerottet. Den Invasionstruppen des Rebellenführers Moriz Perczel gebührt der traurige Ruhm, die bei Weitem überwiegende Mehrzahl dieser Opfer geschlachtet zu haben, und es ist mit Gewißheit festgestellt, daß Perczel in vielen Fällen persönlich am Morde Theil genommen hat.

In der Militär-Grenze scheint das eben verkündete Grundgesetz wohl aufgenommen worden zu sein, da es den Bewohnern materielle Vortheile sichert. Das Fortbestehen des patriarchalischen Verhältnisses und der Hausgemeinschaft für mehrere Familien, unter einem Familienhaupt, da dann oft ein einziges Zimmer viele Individuen verschiedenen Alters und Geschlechts vereinigt — wird indeß von allen Kundigen als sittenverderblich erachtet.

Schweiz.

Genf, den 29. Juni. (O.-P.-A.-Z.) Die Staatsrechnung des Kantons Genf von 1849 zeigt ein Defizit von 552,533 franz. Fr.

Der Munizipalrath hat einem Ehrengeschenk des großen Raths an J. Fazy beigepflichtet. Man giebt irrigerweise das geschenkte Land auf 1400 franz. Fr. Werth an. Der eigentliche Werth beträgt 150,000 Fr. Es wird fast zur Deckung seiner Schulden hinreichen. Sobald die Urkunde ausgefertigt, und eine kurze Zeit vorüber ist, welche Fazy Anstands halber nach diesem Geschenke abwarten muß, wird er, was kein Geheimniß mehr ist, seine Entlassung nehmen.

Was die Flüchtlingsfrage im Kanton Genf betrifft, so werden nächstens vom Bundesrathe strengere Maßnahmen gegen einige Ausgewiesene erwartet. Mehrere sind einer solchen Maßregel zuvorgekommen und nach Frankreich gereist. Spaltungen unter den Flüchtlingen zeigen sich auch hier, was bei so verschiedenartigen Elementen sehr natürlich ist; besonders energisch wird aber von Seiten der Besseren gegen Einzelne aufgetreten.

Die Uhrmacherei wird jetzt mit ungemeinem Eifer betrieben, und niemals ging der Handel damit so gut als jetzt; eben so der Bijouteriehandel.

Frankreich.

Paris, den 4. Juli. (Köln. Ztg.) Zu Sceaux trafen vorgestern Nachmittags auf prächtigen Rossen vier junge Herren ein, deren einer sich für den Präsidenten der Republik ausgab, während die anderen sich als seine Adjutanten bezeichneten. Schnell verbreitete sich das Gerücht vor der Ankunft L. Napoleon's. Bald strömten Besucher herbei, Bittschriften wurden überreicht, die Gensd'armerie stieg zu Pferde und die Behörden waren auf den Beinen. Auf einmal hieß es, der Präsident sei nach der Fabrik von Robinson geritten; Alles strömte dahin, und erst nach einiger Zeit ergab es sich, daß die vier Herren nach Paris zurückgeritten waren und die Einwohner von Sceaux zum Besten gehabt hatten.

— In der heutigen Sitzung der National-Versammlung schreitet man — unter Vorsitz Leon Faucher's — zum Scrutinium über die Wahl des Präsidenten der Versammlung. Um 3 Uhr wird das Skrutinium geschlossen, und die Skrutatoren werden durch das Loos bestimmt; die Huissiers tragen die Urnen in einen benachbarten Saal, in welchem die Zählung der Stimmen vorgenommen werden soll. Hierauf schreitet man zur Wahl der Vice-Präsidenten und der Sekretaire. Um 4 Uhr verkündigt der Präsident das Resultat des Skrutiniums über die Präsidentenwahl auf folgende Art: Zahl der Stimmenden 538. Absolute Majorität 270. Dupin 325, Michel (de Bourges) 102, Lamoriciere 63, Bedeau 35, verlorene Stimmen 16. Herr Dupin wird daher als Präsident proklamirt. Sodann wird die zweite Lesung über die Creditforderung von fünf Millionen Francs für die algerischen Ackerbau-Colonieen vorgenommen. Der erste Artikel enthält die Vertheilung der Summen auf das Budget und die Verwendung derselben. Art. 2.: Classificirung der Colonisten. Art. 3.: Vom Tage der Einschiffung angefangen, sorgt der Staat für die Colonisten. Art. 4.: Colonieen stehen unter Militär-Commando. Hierauf verkündigt der Präsident das Resultat der Vice-Präsidentenwahl. Zahl der Stimmenden 530. Absolute Majorität 266. Bedeau 339, Daru 320, Leon Faucher 278, Benoit d'Azy 313, Emil Arago 124, Grevy 117, Mathieu (Drome) 122, Jules de Lasteyrie 132, Lamoriciere 38; die Herren Bedeau, Daru, Leon Faucher und Benoit d'Azy werden daher als Vice-Präsidenten proklamirt.) Außerdem wurden Arnaud (Arriege), Teupin, Lacaze Berard, Chapot, Heeckeren zu Sekretairen gewählt. Ein Amendement von Rancé und Genossen, des Inhalts, daß die Colonisten unter Civil-Verwaltung, statt unter Militair-Herrschaft gestellt werden sollen, erregt eine Debatte zwischen E. Burnault und dem Kriegs-Minister und wird verworfen.

Am 15. Juli beginnt die Debatte über das Budget von 1851; da man erst vor Kurzem das Budget für 1850 votirt hat, so kann dasselbe keine wichtigen Fragen anregen und wird daher spätestens in den ersten Tagen des Monats August beendigt sein. Man kann daher den Beginn der parlamentarischen Ferien bald erwarten. Man hat bereits heute in den Bureaux der National-Versammlung angefangen, die Liste der 25 Mitglieder der permanenten Commission während der Prorogation zu diskutiren; es scheint, daß bei der Wahl dieser Commission der Partei-Standpunkt zu der Frage der Verlängerung der präsidentiellen Gewalt festgehalten werden soll, und die Namen der Mitglieder werden daher jedenfalls für die Stimmung der gesetzgebenden Versammlung in Beziehung auf diesen Punkt bezeichnend sein. Verschiedene parlamentarische Clubs werden diese Frage nächste Woche verhandeln. — Wie versichert wird, ist die Regierung sehr für eine dreimonatliche Vertagung der National-Versammlung, um Zeit zu haben, eine Reihe von wichtigen Gesetz-Entwürfen ausarbeiten zu können. Es ist jedoch nicht wahrscheinlich, daß die National-Versammlung länger als etwa sechs Wochen ihre Arbeiten einstellen wird.

— Die „Opinion Publique" enthält heute eine Art Manifest, welches offenbar die Grundsätze der radikalen Fraktion der legitimistischen Partei (der so genannten jungen Rechten) wiedergibt. Dasselbe lautet: „Wir sind nicht mehr im Jahre 1789, wo Sièyes sagte: Was ist die dritte Partei? — Nichts. — Was soll sie sein? — Alles. — Wir sind nicht mehr im Jahre 1817, wo das Gesetz der 300 Franken der Oligarchie der Mittelklassen eine Macht gab, deren sie sich bedienen sollte, um eine noch stärkere Stellung zu erlangen. Wir sind nicht mehr im Jahre 1830, wo diese Oligarchie der Mittelklassen die Macht erhielt, die Alles wurde. Wir sind im Jahre 1850, nach einer Revolution, welche die Herrschaft der Klassen und der Oligarchieen zerstört hat, unter dem Drucke neuer Bedürfnisse, einer neuen Lage gegenüber, genöthigt, den Bestrebungen und Wünschen der Massen zu entsprechen, die wohl einen falschen Weg eingeschlagen haben können, die aber über das Ziel nicht in Zweifel sind, welches in der Verbesserung der Lage des Menschen in moralischer, intellectueller und materieller Hinsicht besteht. Man kann daher weder zu 1789, noch zu 1817, noch zu 1830 zurückkehren, um eine Politik zu wählen. Man muß der Vergangenheit den Rücken, der Zukunft das Angesicht zuwenden." — Mehrere hiesige politische Personen von Bedeutung haben sich nach London begeben, um dem Begräbnisse Sir Robert Peel's beizuwohnen; Guizot befindet sich unter denselben. — In Dijon hat man Haussuchungen bei mehreren wegen ihrer socialistischen Meinungen bekannten Personen vorgenommen. Zwei Personen sind verhaftet worden. — Der Graf v. Chambord reis't nächstens in ein Rheinisches Bad. Die Nachricht in Bezug auf die Schwangerschaft der Gräfin v. Chambord ist gänzlich falsch. Sie wurde nur erfunden, um die Versöhnung der beiden Zweige des Hauses Bourbon zu verhindern. — Nach einem Briefe aus Rom vom 24. Juni soll die Geistlichkeit der römischen Staaten eine außerordentliche Steuer künftig zu zahlen genöthigt sein. Diese Steuer würde 600,000 Franken jährlich betragen und soll nach Einigen bis auf weiteren Befehl, nach Anderen während sechszehn Jahre bezahlt werden.

— Alle Journale ohne Unterschied der Partei sprechen das lebhafteste Bedauern über den Tod Sir R. Peel's aus, dessen Verluste sie mit Recht als ein Mißgeschick nicht blos für England, sondern für ganz Europa betrachten, dem er durch seine gereifte staatsmännische Erfahrung noch vielfach von Nutzen sein konnte. Der Sohn des Verstorbenen traf in verwichener Nacht aus der Schweiz hier ein und setzte nach kurzem Verweilen sogleich die Reise nach London fort. — L. Napoleon wurde bei seinem gestrigen Besuche in mehreren Forts von den Truppen mit allen Kundgebungen der Theilnahme und der Begeisterung empfangen. — Der Minister des Innern hat eine Untersuchung der Construktion des Luftballons angeordnet, in welchem die Herren Barral und Birio am vorigen Sonnabend die verunglückte Fahrt machten. Barral beabsichtigt, den Versuch zu erneuern, jedoch in einem von einem anderen Künstler verfertigten Ballon

Paris, den 6. Juli. (Tel.-Korr.-B.) In der Legislativen wurde die Betrachtnahme eines Antrages auf Aufhebung des Lyoner Belagerungszustandes verworfen. — Im Preßgesetz werden bedeutende Konzessionen gemacht. — Ein Gerücht spricht von der Zusammenziehung eines Lagers von 35,000 Mann bei Versailles während der Vertagung. Das Kommando über dasselbe soll Baraguay erhalten.

Straßburg, den 1. Juli. (Köln. Z.) Die größte politische Ruhe herrscht überall bei uns. Der letzte Wahlkampf hat die verschiedenen Parteien so überaus ermüdet, daß sie alle in diesem Augenblicke so zu sagen Ferien halten. — Man erwartet in den nächsten Wochen den Präsidenten der Republik auf Besuch bei uns. Derselbe wird der Einweihung der Eisenbahn von Metz nach Nancy beiwohnen, und dann hieher kommen, einige Tage unter uns verweilen und sich nach Mühlhausen, Besançon und Lyon begeben. — General Magnan, welcher nach Paris gereis't war, und dort seine Stimme zu Gunsten des Dotations-Gesetzes abgab, ist bereits wieder hieher zurückgekehrt. — Die General-Inspektion der Truppen hat heute in ganz Frankreich begonnen. Treten nicht außerordentliche Ereignisse ein, so werden gegen Ende künftigen Monats wenigstens 60,000 Mann aus dem Heere entlassen. — Ueber die Paßstrenge an der Deutschen Grenze vernimmt man noch immer sehr viele Klagen. Die Baierische Regierung hat indessen in der letzten Zeit einige Verfügungen erlassen, wodurch den Elsassern, welche die nahen Bäder besuchen, einige Erleichterungen in den Paß-Förmlichkeiten gewährt wurden. Der Zug der Reisenden, welche sich aus dem Innern Frankreichs nach Deutschland begeben, war seit Jahren nicht mehr so beträchtlich als diesen Sommer. Das nahe Baden ist mit Kurgästen überfüllt. — Die jährliche Ausstellung der Gemälde des rheinischen Kunstvereins wurde gestern geschlossen. Dieselbe enthielt ausgezeichnete Beiträge von Deutschen und Französischen Künstlern. — Raveaux befindet sich nun in Epinal, dem Hauptorte des Vogesen-Departements. Auch Peter hat unsere Stadt verlassen, so daß sich nicht ein einziger Deutscher Flüchtling mehr in unseren Mauern befindet.

Großbritanien und Irland.

London, den 3. Juli. England hat einen seiner besten Männer verloren: Sir Robert Peel ist gestern Abends 9 Minuten nach 11 Uhr gestorben! — In der Nacht vom Montag auf den Dienstag, während welcher sich bei dem Kranken sehr ungünstige

Symptome eingestellt hatten, schickte man nach Viscount Hardinge, dem langjährigen vertrauten Freunde Peel's. Dieser erschien auch sogleich, blieb die ganze Nacht hindurch bei seinem Freunde und verließ ihn nur auf eine kurze Zeit, als am Morgen ein günstiges Bulletin ausgegeben wurde. Der Prinz-Gemahl fand sich um 1 Uhr ein, um in seinem und der Königin Namen Erkundigungen über den Zustand Sir Robert's einzuziehen. Auch der Leibarzt Ludwig Philipps stattete im Auftrage des Grafen und der Gräfin von Neuilly einen Besuch ab, um sich nach dem Befinden des Kranken zu erkundigen. Im Laufe des Nachmittags nahm das Volks-Gedränge im Whitehall-gardens so zu, daß die Polizei-Mannschaft verstärkt werden mußte, um die Ordnung zu erhalten. Einem am Eingange von Whitehall-gardens aufgestellten Constabler ward eine Abschrift des Bülletins eingehändigt, um ihn in Stand zu setzen, die Fragen des Volkshaufens zu beantworten und so den übermäßigen Zudrang zu der Wohnung des Sterbenden zu verhindern. Um halb 7 Uhr war folgendes Bulletin erlassen: „Sir Robert ist sehr erschöpft und überhaupt nicht so wohl, wie er in der ersten Hälfte des Tages war. 2. Juli 1850., halb 7 Uhr." Kurz darauf ward die Weisung gegeben, Niemandem außer dem Bischofe von Gibraltar den Zutritt innerhalb der Thore zu gestatten, da Sir Robert nach dem ehrwürdigen Prälaten hatte schicken lassen, um von ihm das Sacrament zu emfangen. Der Bischof kam kurz vor 8 Uhr an und blieb beinahe eine Stunde bei dem Leidenden. Während dieser Zeit verschlimmerte sich der Zustand Sir Robert's zusehends, und fast alle Mitglieder seiner Familie erschienen, um Abschied von ihm zu nehmen. Wie es heißt, so befand sich Lady Peel durch das Uebermaß des Grames und in Folge langen Wachens in einer solchen Gemüthsstimmung, daß man es nicht für rathsam hielt, sie von dem bevorstehenden Ende ihres Gemahls in Kenntniß zu setzen. Viscount Hardinge war kurz vorher in Whitehall-gardens angekommen und stand mit Lord Villiers, Dawson und den übrigen Mitgliedern der Familie an dem Sterbebette seines Freundes. Auch Sir James Graham hatte noch eine Zusammenkunft mit seinem politischen Freunde, welcher, mit kurzen Unterbrechungen, bis einige Augenblicke vor seinem Tode im vollen Besitze seines Bewußtseins blieb. Einige Minuten nach 10 Uhr verschwand auch die letzte Hoffnung durch Ausgabe des folgenden Bulletins: „Der Zustand Sir Robert Peel's hat sich seit 7 Uhr rasch verschlimmert." Neun Minuten nach 11 Uhr hauchte Peel seine Seele aus, nachdem er kurz vorher von allen anwesenden Mitgliedern seiner Familie einen zärtlichen Abschied genommen hatte. Das traurige Ereigniß ward sogleich nach Buckingham Palace berichtet und durch den elektrischen Telegraphen den verschiedenen nicht in London lebenden Verwandten des Verstorbenen gemeldet. Im ganzen Lande, von Männern aller Parteien, wird der Tod des ausgezeichneten Staatsmannes, dessen glänzende Laufbahn vor der Zeit durch einen bedauerlichen Zufall abgeschnitten ist, aufs schmerzlichste empfangen werden. Eine, wenn auch nur kurze, Uebersicht seines politischen Lebens müssen wir uns für später vorbehalten. Wir erwähnen hier nur, daß Peel am 5. Januar 1788 in der Nähe von Chamber Hall bei Bury geboren ist, mithin ein Alter von 62 Jahren erreicht hat. Seine politische Laufbahn begann im Jahre 1809, wo er als Mitglied für Cashel ins Parlament gewählt wurde. Das Unterhaus hat heute seinen Antheil an dem Trauerfalle, welcher ein Trauerfall für ganz England ist, dadurch bezeugt, daß es sich gleich nach Eröffnung der Sitzung auf den Antrag Hume's vertagte. Gladstone, in dessen Stimme der tiefe Schmerz über den Verlust seines hingeschiedenen Freundes zitterte, wandte auf ihn bei dieser Gelegenheit die schönen Worte eines Englischen Dichters an, welche wir uns nicht enthalten können, in der Ursprache hier folgen zu lassen:

Now is the stately column broke,
The beacon light is quenched in smoke,
The trumpet's silver sound is still,
The warder silent on the hill.

Zertrümmert ist der Säule Pracht,
Erstickt der Leuchte heller Glanz;
Der Tuba Schall — er schweigt nun ganz,
Kein Hüter auf der Zinne wacht!

In der gestrigen Oberhaus-Sitzung beantragt der Earl von Harrowby die Ernennung einer Special-Commission zur Prüfung des Systems, nach welchem gegenwärtig die für Erziehungszwecke bewilligten jährlichen Gelder verwaltet werden. Er glaubt, daß das Land im Allgemeinen die Ueberzeugung gewonnen habe, jeder Versuch die Erziehung vollständig von der Religion zu trennen, sei eine Unmöglichkeit. Ihm genüge es, hier auf den Umstand hinzuweisen, daß man das von der Regierung gut geheißene Erziehungs-System vielfach als unverträglich mit einer religiösen Erziehung betrachte. Außerdem seien einige Punkte von untergeordneter Bedeutung zu berücksichtigen. Die jetzige Erziehungsweise rege den Ehrgeiz zu sehr an und mache die niederen Klassen untauglich für ihre Lebensstellung. Der Marquis von Landsdowne erklärt: ohne sich als Autorität in der Verwaltung des Regierungs-Systems hinstellen zu wollen, sei er doch in Folge langer Beobachtung überzeugt, daß das ganze gegenwärtige System zerfallen werde, wenn es nicht unter einheitlicher Leitung stehe. Was die Schul-Inspektoren betreffe, so sei bis jetzt kaum eine Klage darüber laut geworden. Uebrigens habe er nichts gegen die von Lord Harrowby verlangte Untersuchung einzuwenden, wenn dieser sie bis zur nächsten Session verschieben wolle. Die Regierung habe keinesweges die Absicht, sich einer Prüfung ihres Systems zu entziehen, doch müsse sie wünschen, daß dieselbe gründlich und vollständig sei. Da sie dies aber in der gegenwärtigen Session nicht sein könne, so dringe er auf Verwerfung des Antrages. Die Debatte wird noch einige Zeit fortgesetzt. Auch Lord Stanley nimmt Antheil an derselben und spricht wie zu erwarten, für den Antrag. Derselbe wird jedoch mit 31 gegen 26 Stimmen verworfen.

Im Unterhause wird die dritte Lesung der Pächter-Bill mit 53 gegen 17 Stimmen durchgesetzt.

— In der gestrigen Unterhaus-Sitzung stellt Hume den Antrag auf Vertagung, damit das Haus seine Trauer über den Tod Sir Robert Peel's bezeige. Der Antrag wird von Gladstone, Napier und Sir R. Inglis unterstützt. Da keiner der Minister zugegen ist, so ergreift der Secretair für Irland, Sir W. Sommerville, das Wort und spricht seine Ueberzeugung aus, daß dieselben, wenn sie anwesend wären, sich mit dem Antrage sicherlich einverstanden erklären würden. Die Vertagung wird sodann einstimmig beschlossen.

— In der heutigen Unterhaus-Sitzung, die um 12 Uhr beginnt, erhebt sich der Minister des Innern, Sir George Grey, sichtbar sehr bewegt, und schlägt vor, die Besprechung der auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände, so wie die übrigen öffentlichen Geschäfte, bis halb 5 Uhr zu verschieben und die Sitzung jetzt zu vertagen. Er erklärt, daß er diesen Antrag stelle, um seinen edlen Freund, den ersten Lord des Schatzes, in den Stand zu setzen, in einem zahlreicher besuchten Hause die Gefühle auszudrücken, welche er in Gemeinschaft mit jedem Mitgliede des Hauses in Folge des großen Unglückes empfinde, welches sie sämmtlich durch den Tod Sir R. Peel's betroffen habe. Er bemerkt sodann, er habe das Haus um Entschuldigung zu bitten... (hier verhindert den sehr ehrenwerthen Baronet seine Rührung, weiter zu sprechen; er wechselt die Farbe und Thränen entfallen seinen Augen. Die Mitglieder des Hauses sind ebenfalls tief bewegt. Nach einer kurzen Pause fährt er fort:) Er habe das Haus persönlich und in seinem eigenen Namen um Entschuldigung zu bitten, weil er gestern nicht zugegen gewesen sei, um in der Abwesenheit seines edlen Freundes dem so passenden Antrage auf Vertagung seine Zustimmung zu geben und bei dieser Gelegenheit seinen tiefen Schmerz über den Tod des großen Mannes auszudrücken, welchen das geheimnißvolle Walten der Vorsehung aus ihrer Mitte hinweggenommen habe. Das Haus vertagt sich hierauf.

Rußland und Polen.

Aus dem Königreich Polen, den 29. Juni. (Berl. N.) Auf Verwendung des Fürsten Statthalters hat der Kaiser geruht, dem Polnischen, jetzt in Straßburg sich aufhaltenden Emigranten Leopold Torawski die Rückkehr ins Vaterland zu bewilligen, mit der Bedingung jedoch, daß ihm weder der Adel noch das konfiscirte Vermögen zurückerstattet werde! — Man erstaunt darüber, wie trefflich die hohen Polizeibehörden in Polen vom Aufenthalte der Polnischen Emigranten unterrichtet sind. In den öffentlichen Aufforderungen oder andern Akten in Polnischen offiziellen Blättern steht in der Regel genau der Aufenthaltsort des Emigranten, nicht allein in dem angrenzenden Großherzogthum Posen, sondern auch in allen Theilen Frankreichs oder Italiens angegeben. — Eine merkwürdige Neuigkeit ist die, daß unser neues bürgerliches Gesetzbuch, an welchem die gesetzgebende Commission schon 5 Jahre arbeitet, dem Russischen bürgerlichen Gesetzbuch angepaßt und verbessert werden soll. In Rußland selbst wird das Gesetzbuch energisch bearbeitet und man soll dem Code Napoleon Vieles entnommen haben. — So ändern sich die Zeiten und Ideen.

Warschau, 28. Juni. (Const. Ztg.) Der Fürst-Statthalter des Königreichs Polen ist in der verflossenen Nacht von hier nach Homl im Gouvernement Mohileff abgereist. In seiner Begleitung befinden sich der Flügeladjutant des Kaisers, Oberst Fürst Theodor Paskewitsch, der Staatsrath Dr. Rosset und der Hofkammerjunker Paniutin.

Italien.

Von der Italienischen Grenze, den 3. Juli. (Wanderer.) Eine Correspondenz bringt die Nachricht, daß in Neapel die Constitution abgeschafft ist. Es heißt dortin einem Dokumente: „Nachdem mit Hülfe Gottes die Ordnung in den Ländern dies- und jenseits des Faro wieder hergestellt ist, so ist es der ausdrückliche Wille Sr. Majestät des Königes, unseres unbeschränkten Herrn, daß alle Beamten einen neuen Eid nach Vorschrift des Dekretes vom Jahre 1816 leisten." Fiat! Fiat! Fiat! wie die alten Juristen sagen. Das Aktenstück ist von Morena unterzeichnet. Was solche Nachrichten in Piemont für einen Eindruck machen müssen, wo fast allein noch in Italien ein politisches Leben existirt, läßt sich leicht denken.

Spanien.

Madrid, den 1. Juli. Ueber Montemolin's Heirath hat eine Verständigung stattgefunden.

Vermischtes.

Man schreibt uns aus Bern vom 2. d.: Ich könnte Ihnen eine ausführliche Schilderung machen vom häufigen Erscheinen mancher sonderbaren Himmelszeichen an unserem Horizonte, und noch mehr vom Uebermaße des Zornes, welches der Himmel unter dem Krachen des Donners auf unsere Alpen ausschüttet. In der That geht die furchtbare Explosion der Gewitter diesen Sommer ins Unglaubliche, und Greise im letzten Stadium des Menschenalters schütteln bedenklich ihr Silberhaupt, noch nie so etwas erfahren zu haben. Ich will Sie nicht damit aufhalten, zu schildern, wie der Hagel reichlich gesegnete Felder zermalmt und die Baumfrucht verheert; auch die Blitze will ich nicht zählen, welche Häuser und mit ihnen meistens die Habe der Inhaber einäscherten. Auch die dabei verlorenen Menschenleben will ich übergehen. Nur eine Thatsache lassen Sie mich anführen; sie ist sehr seltsam. Auf der glarner Alp Bergli (Gemeinde Engi) fuhr letzten Mittwoch der Blitz in eine Heerde Schafe und streckte alle todt zu Boden. Man zählt 156 getödtete Schafe und zwei Rinder. Ein beispielloses Gewitter entlud sich in der folgenden Nacht über Glarus selbst.

Man schreibt uns aus Düsseldorf vom 5. Juli von einer Explosion, die in der bei Derendorf erst vor Kurzem etablirten Bloem'schen Zündhütchen-Fabrik desselben Nachmittags stattgefunden hat. Die Explosion soll durch das zufällige Rücken eines Stuhles entstanden und in Düsseldorf, eine halbe Stunde weit, gehört worden sein. Zwei Opfer seien geblieben, darunter der Fabrikmeister, der zugleich schrecklich verstümmelt worden sei. Fünf Verwundete sind in's Lazareth nach Düsseldorf gebracht worden. Der Prinzipal, der im Comptoir auf dem ersten Stocke arbeitete, ist ganz unversehrt geblieben.

Das „Court Journal" erzählt, der Herzog von Wellington habe, von einem Pfarrer zu einem Beitrage zur Herstellung einer Kirche angegangen, schriftlich erwidert, daß es keine Kirche, Kapelle, Schulhaus oder selbst Pagode vom Nordpol bis zum Südpol, oder an den äußersten Grenzen der Erde gebe, zu deren Bau er nicht in Anspruch genommen würde, und er daher nicht begreifen könne, wie der Herr Pfarrer, welcher bereits 7500 Pfd. Sterl. zur Herstellung seiner Kirche zusammenbrachte, sich an ihn wenden könne, der mit ihm nichts zu thun oder zu schaffen habe. Unmittelbar nach Empfang dieses Briefes wurden dem Pfarrer für dieses Autographon 5 Guineen angeboten, welche nun in der Subskriptions-Liste als Beitrag des Herzogs von Wellington erscheinen.

Locales ꝛc.

□ Ostrowo, den 4. Juli. Bei der heute um 8 Uhr des Morgens anberaumten Sitzung der Geschworenen sah man das Publikum in zahlreicher Menge nach dem Sitzungs-Saale strömen, um der Verhandlung und dem Resultate einer in unserer Nähe verübten, schaudererregenden That beizuwohnen. Die unverehelichte Antonina Krela aus Ollabock saß auf der Bank der Angeklagten, der verheimlichten Schwangerschaft, Niederkunft und des Kindermordes beschuldigt. Ihr Vertheidiger war der Rechtsanwalt Gembitzki von hier. Die Thatfragen lauteten wie folgt: 1) Ist die Antonina Krela schuldig, das von ihr am 25. Oktober 1849 geborene Kind in der Nacht vom 25. auf den 26. Oktober ej. a. vorsätzlich getödtet zu haben? Im Falle, daß diese Frage verneinend beantwortet wird, so haben die Geschwornen dann zu beantworten: 2) Ist die Angeklagte schuldig, ihre Schwangerschaft mit dem am 25. Oktober 1849 zur Welt gebrachten Kinde verheimlicht zu haben und ist dieses Kind todt oder lebendig, resp. lebensfähig zur Welt gekommen? 3) Ist die Angeklagte schuldig, ihre Niederkunft mit dem am 25. Oktober 1849 von ihr geborenen Kinde verheimlicht zu haben und ist dieses Kind todt oder lebendig, resp. lebensfähig zur Welt gekommen? eventualiter 4) Ist die Angeklagte schuldig, den Tod ihres vorstehend erwähnten lebendig oder lebensfähig zur Welt gebrachten Kindes veranlaßt zu haben? Da die Geschwornen die erste Thatfrage mit 7 gegen 5 Stimmen bejaheten, so wurden die andern Fragen von selbst erledigt. Der Gerichtshof trat in Gemäßheit des §. 111 des Ges. vom 3. Januar 1849 zusammen und bestätigte einstimmig den Ausspruch der Geschwornen und erkannte: daß die Angeklagte Antonina Krela wegen Kindesmordes mit dem Beile vom Leben zum Tode gebracht werde und die Kosten der Untersuchung aus ihrem Nachlasse zu entnehmen seien. Die Sitzung hatte bis 9 Uhr Abends gedauert, und ist dies nunmehr der zweite Fall, wo auf Todesstrafe erkannt wurde.

χ Bromberg, den 4. Juli. Zwar haben sich jetzt endlich bei dem großen Wohnungsmangel einige Capitalisten dazu bewegen lassen, Neubauten auszuführen, jedoch ist die Zahl der letzteren viel zu gering, um dem Bedürfnisse zu genügen oder die zu enormer Höhe gestiegenen Wohnungs-Preise herabzudrücken. Viele Häuser der Stadt erhalten jetzt aber ein 3. Stockwerk, so daß für den Miether nach und nach bessere Aussichten zu erwarten stehen. — Ein im hiesigen Inquisitoriate befindlicher Verbrecher hatte in Kurzem seine Abführung nach der Strafanstalt zu Coronowo zu erwarten. Da er aber den dortigen Empfang so wie das ganze Leben schon aus früherer Zeit kannte, und den hiesigen Aufenthalt im Vergleich dazu sehr angenehm fand, so verwundete er sich mittelst eines Messers an der Hand so erheblich, daß seine Abführung beanstandet werden mußte. — Zum 15. August werden die beiden zur 4. Division gehörigen Regimenter, nämlich das 4. und 21., zusammengezogen, um mit den dazugehörigen Kavallerie-Regimentern und der hier stehenden Batterie gemeinschaftlich ein Divisions-Manövre abzuhalten. Dasselbe wird etwa 14 Tage dauern, jedoch gehen den gemeinschaftlichen Uebungen die der einzelnen Truppentheile voran. — Unsere nach Stettin zur Mobilmachung der dort stehenden Artillerie abgegangenen Commandos der hiesigen Batterie werden am 18. d. Mts zurückerwartet.

Gützlaff.

Gützlaff wurde in Pommern geboren und war in seiner Jugend Gürtler-Lehrling. Schon früh fühlte er eine stete Sehnsucht in die Ferne. Die Poesie verhalf ihm dazu. Durch ein Gedicht erweckte er im Jahre 1821 die Aufmerksamkeit des verstorbenen Königs von Preußen, welcher seinen Wunsch erfüllte und ihn in einem Seminar zum Missionar ausbilden ließ. 1826 ging Gützlaff nach Holland, um sich in den Sprachen zu vervollkommnen. Nachdem dies geschehen, reis'te er nach Java, wo er seinen ersten Wirkungskreis fand. Auf dieser Insel faßte er den kühnen Plan, mit dem zweischneidigen Schwerte des Wortes, mit dem Hammer, der Berge ebnet und Felsen zerschmeißt, in das gewaltige Riesenreich zu dringen, welches bisher auf der einen Seite durchs Meer, auf der anderen durch die berühmte Mauer von der übrigen Welt abgesondert war. China, dieses unermeßliche Land, dessen Bevölkerung so groß, daß der dritte Mensch auf Erden ein Chinese ist, China, welches Jahrtausende lang dem Einflusse alles Fremden widerstand, China und seine Bekehrung zum Christenthume schwebte als ein hohes, aber erreichbares Ziel dem kühnen Sendboten vor. Er überwand alle Schwierigkeiten, welche sich ihm entgegen stellten, er erlernte die Chinesische Sprache, die 40,000 Lautzeichen (Buchstaben) und darunter Vokale mit zwölferlei Aussprache und Bedeutung hat, so geläufig, daß die Chinesen seine fremde Abstammung nicht glauben wollen und er einige heilige Schriften in klassisches Chinesisch übertragen hat. Er fügte sich den Gewohnheiten, Ansichten und Gebräuchen des Landes und begann muthig sein schweres Werk. Aber seine Wirksamkeit war dennoch sehr beschränkt, bis ihm durch ein weltgeschichtliches Ereigniß ein weiteres Feld eröffnet wurde.

Als die Engländer im Jahre 1842 Canton hart bedrängten, trat eine Versammlung der ersten Staatsbeamten zusammen, um sich über Annahme oder Ablehnung der Englischen Friedens-Bedingungen zu berathen. Gützlaff befand sich auch darin, und hörte zu, wie ein goldblitzender Mandarin eine fünfstündige Rede gegen den Frieden hielt. Nach dem Ende derselben trat er auf und fragte, ob man ihn je als einen Feind China's erkannt hätte. Ein einstimmiges Nein! war die Antwort. So werdet Ihr auch meinen heutigen Behauptungen Glauben schenken! sprach Gützlaff und malte mit Kreide eine große Hieroglyphe an eine Tafel, deren Sinn er also erklärte: „Entweder gänzliche Zertrümmerung Eures Reiches und allmählicher Untergang Eurer Nationalität, oder Annahme der Friedens-Bedingungen!" — Er siegte, ein alter Mandarin rief gerührt das Wort „Friede" aus und umarmte Gützlaff, indem er ihm den schönen Namen „Friedensstifter" gab. Bald darauf wurde auf dem Schiffe „Cornwallis" der Vertrag geschlossen, und der deutsche Missionär hatte jetzt freiere Hand. Er, der, beiläufig gesagt, jetzt 25 ost-asiatische Sprachen versteht, erlernte von gestrandeten Matrosen auch die japanesische, und suchte auch nach Japan zu kommen, wurde aber mit Kanonendonner abgewiesen, und kehrte wieder nach dem gastlichen China zurück.

Wie bekannt, befindet er sich gegenwärtig in Deutschland. Er theilte einem Freunde unter Anderem Folgendes über die Verhältnisse des Riesenreiches mit. Der Kaiser ist der unbeschränkte Gebieter, der hohe Vater, und gleichsam der Gott der Chinesen; er wurde bis auf die neueste Zeit für unüberwindlich und unfehlbar gehalten. Die Frauen sind noch nicht emanzipirt, und stehen fast außer dem Gesetze; dennoch hat eine vor einigen Jahren verstorbene Kaiserin alle Schwierigkeiten zu umgehen, und Theil an der Regierung zu nehmen gewußt. Wenn ihr Gemahl aus der Reichs-Versammlung zurück kam, sprach sie mit bezauberndem Lächeln zu ihm: „Obgleich ich nur eine geringe Magd bin, so habe ich doch das hohe Glück, in deiner Nähe zu leben, und lese von deiner erhabenen Stirn viele hohe Gedanken ab. Sieh, ich habe einige aufgezeichnet, hier liegt das Papier, du brauchst nur zu unterzeichnen, und Millionen deiner Kinder segnen dich!" Wer könnte einer solchen Bitte aus dem Munde einer reizenden Tatarin widerstehen? Der Kaiser gehorchte gewönlich, und verschrieb auf diese Weise einmal zwei Millionen Rupien für Wasserbeschädigte, obgleich er sonst sehr geizig war. Nach dem Tode dieser ausgezeichneten Frau hat Tau-To-Kwang nie wieder gelacht.

Auch ein Landsmann von uns, ein Kölner Missionär, Adam Schall, hat sich in China einst zu der höchsten Würde aufgeschwungen, indem der Kaiser auf den schlichten Mann aufmerksam wurde, und ihn zum ersten Minister ernannte. Das Reich war unter seiner Regierung glücklich; dennoch wurde er nach dem Tode seines

Freundes gestürzt, und schmachtete lange Jahre im Gefängniß, bis ein neuer Kaiser die Regierung antrat, und ihn hervorholen ließ. Er sollte seine Feinde nennen und dem Tode überliefern. Aber der Geist der Liebe, den er früher gepredigt, verließ ihn auch in dieser Stunde nicht; dem Vorbilde des Heilandes getreu, sprach er mit Hoheit: „Ich vergebe ihnen, ich kenne sie nicht!“ — Der ungewohnte, lang entbehrte Genuß der Freiheit tödtete ihn, so daß der Edle nach acht Tagen entschlief.

Noch immer herrscht in China eine ungemeine Hochachtung für runde Bäuche, lange Nägel und kleine Füße. Die letzteren werden besonders bei den Mädchen von Jugend auf so eingezwängt, daß oft der kalte Brand entsteht, und die Füße abgenommen werden müssen, und man viele Unglückliche mit so verstümmelten Gliedmaßen sieht. Vielleicht wird auch diese unsinnige Sitte bald vor dem Einflusse des Abendlandes schwinden. Schon regt sich in China ein nie geahnter Freiheitsdrang, schon tauchen in Volksversammlungen kommunistische und sozialistische Ideen auf, schon spricht das Volk von seinen Rechten im Gegensatze zu seinen Pflichten, und proklamirt insbesondere die allgemeinen Menschenrechte. Welche Umwandlungen scheinen auch dem Reiche der Mitte bevorzustehen, welches Jahrtausende lang einer Mumie glich! Gützlaff wurde gefragt, was in der Bibel wohl so recht eigentlich für die Chinesen geschrieben, und ihrem Ideenkreise ganz angemessen sei, und er antwortete: „Das vierte Gebot — Ehre Vater und Mutter rc., — denn es war und ist das Grundgesetz des ganzen Staates, und seine Verheißung ist recht sichtbar bei dem Volke der Chinesen in Erfüllung gegangen. Zudem bieten sich, da das Wort uns Gott als unsern Vater, und den Heiland als unsern himmlischen Bruder offenbart, für das chinesische Denk- und Fassungs-Vermögen eine Menge Anknüpfungspunkte dar, und so wird das Wort Gottes auch hier seine alte ewige Kraft nicht verleugnen!“

Wir schließen unsere Mittheilung über Gützlaff, indem wir bemerken, daß er im Laufe dieses Sommers noch Berlin, Königsberg, Danzig, Elbing, Schweden, Rußland, Süddeutschland, Griechenland und Konstantinopel berühren, und am 1. Oktober wieder in China eintreffen will. Er protestirt auch gegen den Namen Missionär, und will mehr ein Vermittler zwischen dem Occident und jenem Riesenlande, zwischen Europa und Ostasien sein.

Verantw. Redakteur: C. E. H. Violet.

Angekommene Fremde.

Vom 9. Juli.

Bazar: Pächter Mielęcki a. Mierogniewicz; Gutsb. Mierzyński aus Bythin; Bürger Gapiński a. Pleschen; Frau Gutowska a. Ruchocin.

Hôtel de Dresde: Kaufm. Kalmus aus Bojanowo; Posthalter Hildebrandt a. Obornik; Kreisger.-Direktor Viertel a. Trzemeszno; Kfm. Wangemann a. Berlin; die Gutsb. v. Radoński a. Dominowo u. v. Taczanowski aus Alt-Dominowo.

Lauk's Hôtel de Rôme: Rechtsanw. Gomleski a. Trebau; Gutsb. Stoc a. Tarnowo; Oberförster Busse a. Michakowo; die Kaufl. Krüger a. Stettin, Würtenberg a. Königsberg u. Königsberger a. Berlin.

Schwarzer Adler: Forstverw. Klemens aus Borzęcicki; Frau Majorin Korewa a. Straßburg; Gutsb. v. Bieczyński a. Grablewo.

Hôtel de Bavière: Direktor Löw a. Meseritz; Arzt Löwenthal a. Samoczyn.

Goldene Gans: Vicar Ströffel aus Lubasz; die Gutsb. Skalaski aus Myszki u. Radyński a. Chociszewo.

Hôtel de Berlin: Die Geistlichen Kegel a. Koźmin u. Kegel a. Trzemeszno; Partikulier Dorzycki a. Kurow.

Hôtel à la ville de Rôme: Gutsb. Gebr. Plączyński u. Thierarzt Stanowski a. Murzynowo; Wirthsch.-Kommissarius Lentzner aus Micharzewo.

Hôtel de Pologne: Brennerei-Verw. Kernbach a. Lukowo; Apotheker Offterdinger a. Schocken.

Zum Schwan: Geschäfts-Reisender Henselt a. Glogau; Kaufm. Friedmann a. Santomyśl.

Im eichnen Born: Kaufm. Landsberg a. Santomyśl.

Zur Krone: Uhrmacher Krüger a. Gnesen.

Im Eichkranz: Handl.-Reisender Kallmann a. Mainz.

Weißer Adler: Wirthsch.-Inspektor Rammler a. Mlinkowo; Oekonom Nowel a. Dusznik.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

Thermometer- u. Barometerstand, so wie Windrichtung zu Posen, vom 30. Juni bis 7. Juli 1850.

Tag.	Thermometerstand tiefster	Thermometerstand höchster	Barometerstand.	Wind.
30 Juni	+ 11,2°	+ 16,5°	27 Z. 8,6 L.	SO.
1. Juli	+ 8,3°	+ 17,0°	27 = 11,0 =	SO.
2. =	+ 9,0°	+ 18,2°	27 = 9,0 =	W.
3. =	+ 9,7°	+ 18,0°	27 = 11,3 =	W.
4. =	+ 12,0°	+ 20,0°	27 = 8,4 =	SW.
5. =	+ 10,4°	+ 17,5°	27 = 9,3 =	W.
6 =	+ 8,6°	+ 15,6°	27 = 10,4 =	WNW.
7. =	+ 9,2°	+ 17,8°	27 = 10,1 =	WNW.